

Wende im Steinhof Konflikt?

Unsere Freude hat Grenzen
Unser Dank hat noch Zeit

Medien und Bürger haben etwas erreicht: Mehr Vorsicht und Nachdenklichkeit im politischen Geschäft. Das Wort „Geschäft“ wählen wir bewusst. Denn vieles, was da rund um die Steinhofgründe passiert, erklärt sich aus Geschäftserwartungen gemeindenaher Bau- und Realitäten-Spekulation – sehr im Kontrast zu den Vorgaben:

Kulturhistorisch wie sozialgeschichtlich ein Markstein der Wiener Wohlfahrtspolitik des „Fin de siècle“ um 1900 – europaweit wahrscheinlich einmalig – wie das damalige Motto des großen Architekten Otto Wagner: „Für die Ärmsten das Schönste.“

Die zweite Vorgabe stammt aus 1981: Eine Volksbefragung – ursprünglich zur Absegnung von Kommunalbeschlüssen gedacht – ergibt die klare Ablehnung jeder weiteren Bebauung der Steinhofgründe – die ö.Z.-Widmung gestattet nur punktuelle Einbauten für soziale, medizinische Zwecke. Die Flächenwidmung 2006 war ein Verrat am Bürgerwillen und am Ensemble – zudem ohne strategische Umweltprüfung (SUP), die ignoriert wurde.

Auch der weitsichtige und damals rechtzeitige Einspruch des österreichischen Naturschutzbundes wurde den Abgeordneten offenbar nicht zur Kenntnis gebracht und nicht diskutiert.

Dabei war die Volksbefragung 1981 der dritte „Grünschock“ für Österreichs Polit-Establishment nach dem Sternwarte Park (1973) und der Ablehnung des Atommeilers Zwentendorf (1978). Genau 30 Jahre danach bietet die Rot-Grüne Koalition in Wien – in ihr sollte sich sozial mit ökologisch verbinden – bloß die Abmilderung (!) eines riesigen Wohnbauprojektes bei weiterer Absiedlung (!) medizinischer Nutzungen nach Floridsdorf.

Was geht hier vor?

Psychiatrie, Lungenheilstätte und Orthopädie hatten zu einer Symbiose mit der Erholungsnutzung für viele Wiener im weitläufigen Grün der denkmalgeschützten Kultur-Natur-Verschrankung gefunden.

Wieso meint man, die Dreiheit von Psychiatrie, Lungenheilstätte und Orthopädie könnte auf Pavillons verzichten? Und wenn medizinisch-technische Gründe bei einzelnen Sparten für die Verlegung sprächen, gibt es nicht einen enormen Bedarf für andere sozial-medizinische Zwecke?

Österreich steht vor einer Geriatriewelle ohnegleichen. Kein geringerer als Bundeskanzler Faymann erinnerte an die Eignung kleinerer, bildschön gebauter Spitäler für künftige Bedürfnisse wie Altenpflege, Nachsorge, Rehab u.v.a.

Das St. Anna Kinderspital z.B. suchte geeignete Plätze und wurde erst in Salzburg fündig. Hat man über die Baumgartner Höhe hinreichend nachgedacht?

Ist die profitable Grünlage für sozial-medizinische Zwecke zu schade?

Rechnungshof und Krankenanstaltenverbund in Ehren – aber die Umnutzung von Standorten dieser Qualität kann nur wieder für menschlich befriedigende Funktionen im sozialen wie medizinischen Bereich erfolgen – **sicher nicht in Immobilienspekulation und Grünverlust.**

Die Absiedlung nach Floridsdorf wird in der kommunalen Hofberichterstattung z.B. als „weiterer Schritt zur Dezentralisierung der Psychiatrie“ gefeiert. Warum schreibt man nicht gleich, zahlungskräftige Wohnungswerber wüßten diese beste Grünlage im Westen Wiens „produktiver“ zu schätzen als Nervenranke?

Die Kaufoption der GESIBA für große Teile des Areals ist ein Skandal, ebenso wie die Umwidmung von Grünflächen im Ensemble für eine 40%ige Bebauung.

Die als Folgenutzung vom Planungsressort genannten „Künstler-Ateliers“ (?) sind wenig glaubhaft, da sie sicher keinen dringenderen Lokalbedarf als medizinische Nutzungen haben und im Übrigen genauso von der öffentlichen Hand abhängig sind wie eine Spitalssanierung. Und was heißt: In Zukunft „nur noch Wohnbauten in der Sichtachse der alten Pavillons ...“?

Ist das riesige architektonisch häßliche Kurbad schon Vorleistung auf ein späteres NobelWohnGhetto? Mauern-umgürtete Lagen sind bei zahlungskräftigen Eigentumswerbem sehr beliebt.

Der historische Auftrag an das Areal – optimale Versorgung der Patienten – hat nichts von seiner Aktualität verloren, die Sozialfunktionen des weitläufigen Grün rund um ästhetisch ansprechende Baudenkmäler bleibt ebenfalls für die Wiener hochaktuell und ist außerdem ein demokratiepolitischer Beispielfall eines klaren Bürgerauftrages in Richtung „Nicht-Bebauung“.

Würde man diesen ernst nehmen, bräuchte man keine teure „Mediation“ (wie angekündigt). Nach unseren bisherigen Erfahrungen mit Mediationsverfahren erwiesen sich diese als manipulative Durchsetzungsinstrumente im Sinn der jeweiligen Auftragsgeber an den „professionellen Mediator“. Wenn Architekten drin sitzen, die von der Gemeinde Aufträge erhalten können und erhalten wollen – Architekten, die in ihre bisherigem Bauen alles andere als einen sensiblen Umgang mit dem baukulturellen Erbe der Stadt bewiesen haben (z.B. Krischanitz Karlsplatz). Wie weit hat die Entwicklung seither diese Bedenken ausräumen können?